

12.03.87

## **Antrag**

der Länder Bremen, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Saarland

zum

### Jahreswirtschaftsbericht 1987 der Bundesregierung

Punkt 6 der 574. Sitzung des Bundesrates am 13. März 1987

Der Bundesrat möge beschließen:

1. Der Bundesrat ist der Auffassung, daß die weitere Umstrukturierung der Stahlindustrie aktiv politisch begleitet werden muß, damit sie industrie-politisch Sinn macht, regional ausgewogen und sozialverträglich gestaltet sowie in der Montanmitbestimmung entschieden wird. Er hält dazu auch ge-meinsame Gespräche der Bundesregierung mit allen Beteiligten für unumgäng-lich.
2. Der Bundesrat fordert die Bundesregierung auf, die Notwendigkeit einer nationalen Grundausstattung im Sinne einer industriepolitischen Bestätigung der deutschen Stahlindustrie zu konkretisieren. Er fordert weiter, daß sich die Bundesregierung für gleiche Wettbewerbsbedingungen für die deutsche Stahlindustrie auf dem gemeinsamen Stahlmarkt einsetzt und diese Position gegenüber der I.G.-Kommission und im Ministerrat mit Nachdruck vertritt.
3. Der Bundesrat bittet angesichts der zu erwartenden weiteren Arbeitsplatz-verluste im Stahlbereich die Bundesregierung um Überprüfung, wie die sozialen Maßnahmen nach Artikel 56 Abs. 2 b EGKS-Vertrag angepaßt werden können. Er fordert die Bundesregierung auf, entsprechend der im Grundgesetz niedergeleg-ten Verpflichtung daran mitzuwirken, daß in den vom Strukturwandel in der Stahlindustrie besonders betroffenen Regionen wirksame regionalpolitische Instrumente im nationalen und europäischen Rahmen zur Verfügung gestellt werden, damit dort eine hinreichende Zahl von Ersatzarbeitsplätzen geschaffen werden kann.